Zeit der Kleidungsgesellschaften in den bürgerlichen und höheren Ständen entsprechen, so war man sich der Verpflichtungen, die daraus für die Mitglieder in Ansehung der Zusammenkünfte, der Beiträge zu den Kosten und der Verbindlichkeit, einen Theil des Jahres beizutragen waren.

V.6) Interessant ist der Inhalt, wie sich in den Ansprüchen der Regierung an die Kleidungsgesellschaften im Kleinen deutlich die Grundsätze der Wohlfahrtspolitik in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts widerspiegeln.

1. Als die Landesregierung Kleidungsgesellschaften in Dresden und Leipzig verbot, hatte sie ihre Gründe. Sie wollte damit die Ausgaben für Luxus, die mit dem Besuch der Gesellschaften verbunden waren, einschränken. Ein Jahr nachdem das Verbot erlassen worden war, am 10. Juni 1744 eine Anfrage an die Landesregierung in Dresden, ob nicht in den Residenzstädten Gesellschaften zur Landesklein, Bräuer, Bürgermeister, Rathsherren, Kämmerer, Stadtrichter, Stadtschreiber, Beisitzer, Gerichtsverwandte, Aeltesten der Innungen, Kirchväter, Schulmeister, Cantoren, Organisten, Kantoren, Stadtmusikanten, Thürmer, Nachtwächter, Stadtdiener, Kämmerer, Kirchner